

# Bürgerinitiativen überrollt

Was die Gegner von Autobahnen, Windkraft und Steinbrüchen in Südwestfalen von der Kritik des NRW-Bauministers und dem Bündnis für Infrastruktur halten

Von Nina Grunsky

**Hagen.** Es soll vorangehen. Und zwar schneller. Bauminister Michael Groschek (SPD) und sein Kollege Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) möchten Planungs- und Bauprozesse beschleunigen. Mit einem „Bündnis für Infrastruktur“ wollen sie für die Akzeptanz großer Projekte werben, „neue Formate der Bürgerbeteiligung“ finden. Damit zum Beispiel der Straßenbau nicht von Bürgerinitiativen ausgebremst werde. Viele Bürgerinitiativen vertreten in Wirklichkeit nur die Partikularinteressen einiger weniger – das sei „Vorgarten-Perspektive“, so Minister Groschek. Was aber halten die Bürgerinitiativen in Südwestfalen davon, so abqualifiziert zu werden? Ausgewählte Stimmen dazu.

## Giga 46

**Ziel:** Den Lückenschluss der A46 zwischen Hemer, Menden, Wickede und Arnsberg verhindern. „Wir



wollen die Region autobahnfrei halten“, so Stefan Neuhaus, Sprecher der Initiative, ein Zusammenschluss

etwa 20 verschiedener Gruppen.

**Die Reaktion:** „Der Minister unterscheidet offenbar zwischen guten Bürgerinitiativen, die für seine Projekte sind. Und schlechten, die dagegen sind.“ Genau damit entwertere seine eigenen Bemühungen, um eine zukünftige bessere Zusammenarbeit, so Stefan Neuhaus. Mit anderen Worten: Warum sollte man sich an einem Dialog mit dem Ministerium beteiligen, wenn eigentlich nur Akzeptanz und Zustimmung gefragt sind?



Das Autobahnende A 46 bei Hemer. Die Initiative Giga 46 wehrt sich gegen den Lückenschluss. Vermutlich eine der Gruppen, die Verkehrsminister Michael Groschek nun mit dem „Bündnis für Infrastruktur“ ausbremsen möchte. FOTO: THOMAS NITSCHKE

## Kontra Habel IV

**Ziel:** Die Nacharbeit im Steinbruch Habel, Arnsberg-Müschede, beenden sowie die Einhaltung der Grenzwerte für Lärmmissionen kontrollieren.

**Die Reaktion:** Gewiss keines der Großprojekte, die Verkehrs- und Wirtschaftsminister mit ihrem Bündnis im Sinn



Josef Reichenbruch FOTO: BENKE

hatten. Und dennoch hört man die Kritik an der „Blockademacht der Bürgerinitiativen“ in Arnsberg-Müschede nicht gern: „Wir nehmen unser Bürgerrecht in Anspruch“, sagt Josef Reichenbruch, Sprecher der im Jahr 2014 gegründeten Gruppe. „Bürgerinitiativen sind wichtig, damit Politiker erfahren, was die Bürger im Land umtreibt.“

## Gegenwind Hagen

**Ziel:** Windkraftanlagen in zu großer Nähe an der Wohnbebauung

verhindern. „Wir sind nicht generell gegen Windkraft“, sagt Sprecher Markos Piesche. „Aber hier in Hagen wird teils bis auf 400 Meter an Wohngebäude herangeplant“, kritisiert er.

**Markos Piesche**

FOTO: PRIVAT

**Die Reaktion:**

Markos Piesche hat durchaus, wie viele andere Windkraftgegner in Südwestfalen, ein gewisses Verständnis für die Kritik der beiden Minister an Bürgerinitiativen – soweit Verkehrsprojekte im Stauland NRW gemeint sind. Da gehe es um das Gemeinwohl. Das sieht er dagegen bei seinem Kampf gegen die Windmühlen nicht in Gefahr, schließlich lasse sich die Windkraft noch immer nicht speichern, sei damit sinnlos.

Dennoch: „Von Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative zu sprechen – das halte ich für höchst unpassend“, sagt Piesche. „Ich bin kein Egoist, wenn ich mit demokratischen Mitteln gegen eine Planung angehe, die mich persönlich betrifft.“

Piesche befürchtet, dass nun die Beteiligung der Bürger in NRW weiter zurückgefahren wird. Schon im Jahr 2007 sei der Widerspruch gegen Verwaltungsverfahren beschritten worden. Nun bleibe nur noch der Klageweg – „wenn denn die Klage zugelassen wird“

## „Die Konflikte werden bleiben“

Politikwissenschaftler verspricht sich nichts vom Düsseldorfer Bündnis

Von „Blockademacht der Bürgerinitiativen“ spricht der Fachmann zwar nicht, dennoch hält auch Professor Lars Holtkamp, Politikwissenschaftler an der Fernuniversität Hagen und Experte für Bürgerbeteiligung, die Situation im Land für „schwierig“. „Der Landesgesetzgeber hat den Bürgern in den vergangenen Jahren immer mehr Macht eingeräumt und die Hürden für Bürgerinitiativen und Bürgerbegehren gesenkt“, so Holtkamp. „Ich habe nichts gegen direkte Demokratie, aber sie hat ein Maß erreicht, dass sie zumindest nicht



Professor Lars Holtkamp

weiter beschleunigt werden sollte.“ Vor allem deshalb, weil „missliebige Einrichtungen“ sich nur noch in sozial schwächeren Gebieten durchsetzen ließen. Während sich die Bürger in wohlhabenden Stadtteilen besser zur

Wehr setzen könnten – durch gute Kontakte zur Politik, so Holtkamp, selbst jahrelang Lokalpolitiker bei den Grünen im Ruhrgebiet.

Dennoch verspricht sich der Politikwissenschaftler nichts von einem solchen Bündnis für Infrastruktur, wie nun seitens der Landesregierung geplant. Man könne

noch so gut vorab informieren: „Was nutzt das, wenn jemand einen klaren Nachteil hat, weil sein Eigentum durch ein Windrad oder eine Straße an Wert verliert? Oft sind die Kosten für den einzelnen hoch, aber der Nutzen fließt der Gemeinschaft zu.“ Auch wenn die Minister vorab noch so gut informierten und Bündnisse schmiedeten: „Die Konflikte bleiben.“

Und die Lösung? „Die repräsentative Demokratie, also die gewählten Politiker, müssen abstimmen und diese Entscheidungen auch durchsetzen“, sagt Holtkamp. Was manchmal aus Sorge um die Wiederwahl offenbar schwer fällt. ng